

Die letzten Tage des Ausreisezentrums Motardstraße

Hier ein kurzer Newsletter des Bündnisses gegen Lager - Berlin/Brandenburg

Endlich Bargeld!

Die BewohnerInnen der Ausreiselager in der Motardstraße und in der Degnerstraße bekommen seit dem 1. Juli 2009 endlich Bargeld!

Sicherlich wäre dies ohne unsere gemeinsamen Proteste nicht passiert. Ein kleiner politischer Erfolg für uns und für einige Menschen in Berlin sicherlich eine große Verbesserung an Selbstbestimmung und Lebensqualität. Konkret bedeutet dies, dass alle „Geduldeten“, d.h. alle, diejenigen, die zur Ausreise verpflichtet wurden, aber aus verschiedenen Gründen nicht abgeschoben werden können, nun Bares erhalten. Asylsuchende werden allerdings weiterhin in den ersten 3 Monaten in Berlin im Lager Motardstraße untergebracht und bekommen dort Fresspakete in bekannter widerlicher Qualität. Anschließend erhalten die Haushaltsvorstände (d.h. in Ehen und Familien meistens der Mann) bzw. Alleinstehende nun für weitere 45 Monate 224,97 Euro/Monat für Essen und Kleidung. Darin enthalten sind 40,90 Euro/Monat „Taschengeld“, das jedoch in der üblichen Praxis der Behördenschikane teilweise oder ganz gestrichen werden kann.

PartnerInnen und Kinder der Haushaltsvorstände bekommen weniger (14-17 Jahre: 199,40 Euro/Monat, 7-13 Jahre: 178,95 Euro/Monat, 0-6 Jahre: 132,94 Euro/Monat, jeweils inklusive „Taschengeld“). Die derzeitige Praxis des für das Asylverfahren zuständigen Landesamtes ist, diese Leute in Wohnungen (Ausnahme) oder in anderen Berliner Sammelinrichtungen unterzubringen und ihnen Bargeld auszusuchen. Die Bargeldauszahlung gilt also nur für diejenigen BewohnerInnen des Lagers Motardstraße, die von den Bezirken dort untergebracht wurden, also für etwa die Hälfte der 400 Menschen dort. Diese leben zum Teil schon seit Jahren dort unter möglichst weitgehendem Entzug der Lebensqualität. Damit hat Berlin im bundesweiten Vergleich, was die Unterbringung von Asylsuchenden und anderen MigrantInnen angeht, einen in gewisser Hinsicht fortschrittlichen Umgang gefunden.

Mag es an dem SPD/Die Linke regierten Senat liegen, fest steht: Ohne Proteste aller Art hätte sich auch in Berlin nichts verbessert.

*Doch Frieden geben wir noch lange nicht!
Denn ausreichend ist dieses kleine Zugeständnis längst nicht!*



An der Praxis des Umgangs mit MigrantInnen hat sich allgemein nichts verändert. Weiterhin müssen sie Anträge auf Aufenthaltsgenehmigungen stellen und damit behördliche Schikanen über sich ergehen lassen. Die Einweisung in Lager beziehungsweise Sammelunterkünfte ist noch nicht beendet und die „Freiheiten“ hängen vom Wohlwollen der politischen und behördlichen EntscheidungsträgerInnen ab. Auf bundesdeutscher Ebene werden rassistische Gesetze beschlossen und die EU-Schergen planen eine europaweite einheitliche Abschiebungspolitik. Wie die berlinweite Rücknahme der Sachleistungsverordnung zeigt, können lokale Behörden auch mal positive Verfahrensänderungen anordnen, weswegen es sich nach wie vor lohnt, den lokalen Stellen Feuer unter dem Arsch zu machen.

Selbstverständlich wollen wir noch mehr!

Wir sehen auf der Landesebene noch viele Aktionsräume, wie die Abschaffung der Strafen bei Verletzung der sogenannten Residenzpflicht und die freie Wohnungswahl für alle und damit die Abschaffung aller Lager und Sammelinrichtungen.

Grenzenloser Widerstand! Werde aktiv!

Antirassistische Aktionstage in Berlin vom 17. - 20. Oktober 09

- 17. 10. | Infoveranstaltung und Soliparty
- 18. 10. | Straßenfest vor dem Lager Motardstraße
- 19. 10. | Infostände und Begleitservice vor der Ausländerbehörde Nöldnerplatz
- 20. 10. | Fahrradrallye gegen die Akteure und Profiteure der unmenschlichen Situation von Flüchtlinge

www.antirastage.blogspot.de | antira_aktionstage@riseup.net

Neue Erstaufnahmeeinrichtung?

Angekündigt wurde von der Linkspartei, dass "mittelfristig ... eine Erstaufnahmeeinrichtung [Motardstraße] an einem anderen Standort eingerichtet werden, die dem gegenüber den 90er Jahren geringeren Platzbedarf gerecht wird und eine bessere sozialräumliche Integration der Flüchtlinge ermöglicht."

Neues aus der Bürokratie

Die Nachfolgerin der Senatorin Knake-Werner, die Mitte Oktober in Rente gehen wird, heißt vermutlich Carola Bluhm. Die für Asylsuchende zuständigen Stellen ZLA und ZAA sind vom Friedrich-Krause-Ufer in die Turmstraße 21 in Moabit gezogen. Infos der letzten Monate und Jahre unter anderem unter www.chipkartenini.squat.net